



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

08.09.04

Presseerklärung

Flughafen unter Druck

18, 5 Millionen Verluste im Jahr 2003 mit deutlich steigender Tendenz für das Jahr 2004 für den Flughafen Dortmund müssen durch die Dortmunder Stadtwerke und damit von SteuerzahlerInnen übernommen werden. Vor diesem Hintergrund muss das Geschäftsgebahren der Flughafenleitung mehr als kritisch unter die Lupe genommen werden.

Aus der Sicht des Flughafens ist es durchaus verständlich nach Wegen zu suchen, die Wirtschaftlichkeit des Flughafens zu erhöhen. Auch andere Regionalflughäfen ergreifen ähnliche Maßnahmen zur Schaffung eines Anreizsystems für neue Verbindungen und eine insgesamt höhere Auslastung des Flughafens.

Die Rechnung geht jedoch – wie auch aus der Reaktion von Air Berlin und Hapag-Lloyd hervorgeht – in mehrfacher Hinsicht nicht auf.

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist zunächst festzustellen, dass der Trend zum Billigflug ökologisch gesehen katastrophal ist. Das Verkehrsmittel Flugzeug wird unter anderem durch die fehlende Besteuerung des Kerosins in einer Weise begünstigt, die es zunehmend unattraktiver macht, auf Alternativen wie den Zug auszuweichen. Angezogen werden bekanntlich nicht die Geschäftsreisenden, sondern Touristen, denen mit Dumpingpreisen ein Wochenendtrip nach London, Barcelona, Prag oder Budapest schmackhaft gemacht wird.

Abgesehen von diesem grundlegenden Problem und der Inkaufnahme der unvermeidbaren Lärmbelastung von AnwohnerInnen, werden durch das Anreizsystem „Neres“ am Dortmunder Flughafen vor allen Dingen Billigfluglinien wie Easy-Jet begünstigt. Die Förderung besteht im wesentlichen aus einem reduzierten Flughafennutzungsentgelt pro Passagier, das sich einheitlich auf verschiedene Sitzplatzkategorien bezieht und nur dann für alle Passagiere zum Tragen kommt, wenn es sich um neue Verbindungen handelt. Bei zusätzlichen Umläufen auf bestehende Verbindungen kommt die Reduzierung nur für zusätzliche Passagiere in Frage. Durch diese Regelung sind Billig-Flieger wie Easy-Jet mit ihren zahlreichen Destinationen gegenüber anderen Fluglinien begünstigt. Damit trägt der



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Steuerzahler zu allem Überfluss auch noch zu dem Anheizen eines Wettbewerbs bei, der die Ausgangsbedingungen für die Anbieter in einer aus unserer Sicht nicht zu vertretenden Weise beeinflusst.

Allerdings ist fraglich, ob es sich hier – auch unter Berücksichtigung weiterer Vergünstigungen wie des so genannten Marketingbeitrages und des volumenabhängigen Rabattes – rein juristisch um eine unrechtmäßige Wettbewerbsverzerrung handelt. Die Europäische Kommission hat in diesem Jahr ausdrücklich Beihilfen genehmigt, die die Entwicklung neuer Verbindungen unter klar festgelegten Bedingungen regelt. Die Kommission spricht sich nachdrücklich für einen stärkeren Wettbewerb aus, der es den Billigfluggesellschaften ermöglicht, sich in der EU zu etablieren. Im Fall Charleroi, der geprüft wurde, waren die Vergünstigungen wesentlich höher und wurden keiner anderen Gesellschaft gewährt. Dennoch kann der Billigflieger Ryanair einen großen Teil der geleisteten Beihilfen behalten.

Unabhängig von der Rechtslage, die durch die Ankündigungen von Air Berlin und Hapag-Lloyd, weniger Gebühren zu zahlen, einer Prüfung unterzogen werden muss, ist die interessante Frage, welche Auswirkungen das Dortmunder Anreizsystem auf die Situation am Dortmunder Flughafen hat.

Zum einen werden andere Anbieter Mittel und Wege finden, die Geschäftsleitung jenseits des Rechtsstreites z. B. durch den Wegfall von Verbindungen unter Druck zu setzen. Zum anderen steigen zwar die Fahrgastzahlen, was aber logischerweise durch die eingeräumten Vergünstigungen auf der Einnahmeseite längst nicht in dem Umfang zu Buche schlägt, wie im Falle „normaler“ Gebühren. Spätestens am Ende des Jahres wird eine erste Bilanz möglich sein. Wenn diese erwartungsgemäß trotz steigender Anzahl von Flügen und Fluggästen inklusive Lärm und Emissionen keinen Aufwärtstrend beinhaltet, muss nicht nur die Geschäftspolitik des Herrn Kossack, sondern auch die Zukunft des Flughafens überhaupt in Frage gestellt werden.

Kulturförderung in Wahlkampfzeiten

Bei einem Treffen von VertreterInnen aller Dortmunder Ratsfraktionen und VertreterInnen der freien Kulturszene ging es unter anderem um die Förderbedingungen für die freien Kulturzentren. Unsererseits wurde die Idee vorgetragen, analog zu Verträgen mit den freien Wohlfahrtsverbänden doch einen Fünf-Jahres-Vertrag zu vereinbaren, um die Planungssicherheit für die Zentren zu erhöhen. Dies wurde wohlwollend aufgenommen, woraufhin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anlässlich einer Vorlage zur Optionsförderung der freien Kulturzentren beantragten, den Beschluss über die Fortsetzung dieser Förderung zu modifizieren und die Förderung von ursprünglich drei auf fünf Jahre zu verlängern.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich – also auch von der SPD-Fraktion – abgelehnt.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

In Wahlkampfzeiten reicht es jedoch manchmal aus, abzuwarten wie ein sinnvoller Vorschlag an anderer Stelle dankend aufgegriffen wird. In diesem Fall, um das Profil des Herrn Langemeyer, das der Oberbürgermeisterkandidat bei seinen KonkurrentInnen vermisst, zu schärfen.

Anlässlich eines Besuches des Präsidenten des Deutschen Bundestages und gleichzeitigem Vorsitzenden des Kulturforums der Sozialdemokratie hat der amtierende Oberbürgermeister vollmundig ein neues, mittelfristiges Finanzierungsmodell für die freie Kultur zugesagt. Nämlich eine optionale Förderung über fünf Jahre, die vor allem Planungssicherheit für die Freie Kultur bewirke. Frau Jörder hat es mutmaßlich vermieden, öffentlich darauf hinzuweisen, dass ein entsprechender Antrag der GRÜNEN gerade von ihrer Fraktion abgelehnt wurde. Da wir aber nach wie vor das Beste für die freien Zentren wollen, werden wir Herrn Langemeyer beim Wort nehmen und den Antrag erneut stellen. Ergänzend werden wir anregen, dass innerhalb dieser fünf Jahre auch neue Anbieter auf dem Markt der Freien Kulturszene eine Chance haben, in den Genuss von Fördermitteln zu kommen.